



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

11/2010

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

EIN JAHR ROT-ROT IN BRANDENBURG



Am 5. November vor einem Jahr haben SPD und DIE LINKE ihren Koalitionsvertrag unterschrieben.

Die neue Landesregierung ist unter dem Motto »Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle« angetreten. Unser zentrales Ziel ist es, die wirtschaftliche Erneuerung unseres Landes fortzusetzen und gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Wir wissen uns dabei im Einklang mit der großen Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Im Landeshaushalt gießen wir unsere Politik in Zahlen. Wir beraten derzeit im Parlament den Haushalt für 2011. Bereits nach einem Jahr steht fest: Wir handeln nach dem Prinzip »Versprochen und gehalten«.

»Mit dem Haushalt 2011 treten wir in eine Reihe schwieriger Haushaltsjahre ein. Deshalb haben wir unsere Prioritäten klar herausgearbeitet. An vorderster Stelle steht hier die Bildung: In diesem Bereich haben wir im ersten Jahr für alle Altersstufen schon wichtige Schritte getan«, erklärte Ralf Holzschuher. »Ein verbesserter Kita-Betreuungsschlüssel, neue Lehrer, das Schüler-Bafög und ein geebener Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang sind für die jungen Menschen und die Familien in unserem Land spürbare Veränderungen. Die Wirtschaft unseres Landes steht auf einem guten Fundament. Die Fortführung der Strategie des »Stärken stärken« hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit erstmals auf unter 10 Prozent gesunken ist. Das ist die beste Nachricht dieses Jahres überhaupt.«

»Die Fraktionen haben wichtige soziale Veränderungen bereits im ersten Regierungsjahr angepackt und auf den Weg gebracht«, unterstrich Kerstin Kaiser. Rot-Rot habe Chancen eröffnet: »Rund

Wir halten unsere Versprechen

700 Menschen bekommen in diesem Jahr wieder eine Arbeit durch den Einstieg in den öffentlichen Beschäftigungssektor. Öffentliche Aufträge werden künftig nicht zu Dumpinglöhnen, sondern zumindest auf dem von den Koalitionspartnern für einen bundesweiten, flächendeckenden, existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn angestrebten Niveau vergeben. Und: Brandenburg schickt keine weiteren Polizisten mehr zum Einsatz nach Afghanistan.«

Mit Lockerung der Residenzpflicht habe Rot-Rot zudem einen Beitrag zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe geleistet. »Sich frei in Brandenburg bewegen zu können, ist ein echter Zugewinn für die Betroffenen«, so Kaiser. »Wir konn-

ten mit dieser unbürokratischen Regelung die Asylbewerber von übertriebener Kontrolle befreien«, erklärte Holzschuher.

Die Regierungsfraktionen haben im vergangenen Jahr 46 Anträge auf den Weg gebracht, die vom Parlament verabschiedet wurden. Die Koalition ist arbeits- und entscheidungsfähig. Sie hat bewiesen, dass sie auch krisenhafte Situationen bewältigt, mit sozialer Verantwortung für Brandenburg agiert und Zukunftswegen für das Land richtig stellt.

Erklärung der Vorsitzenden der Fraktionen DIE LINKE, Kerstin Kaiser, und SPD, Ralf Holzschuher vom 02. November 2010

Das Regieren bekommt uns gut!

**Fragen an Dr. Helmuth Markov,
Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident**



Macht es eigentlich Spaß, in Zeiten knapper Kassen Finanzminister zu sein?

Was soll ich antworten? Dass es mir sehr viel Spaß macht oder dass es mir keinen Spaß

macht? Aber im Ernst: Ich freue mich darüber, dass wir es in dieser rot-roten Landesregierung geschafft haben, mit weniger Geld mehr an sozialen und bildungspolitischen Projekten umzusetzen als uns irgendjemand zugetraut hat.

Ist Regieren anstrengender als Opposition? – Nein.

Ein Jahr rot-roter Koalition! Waren wir erfolgreich und was haben wir erreicht?

Wir haben sehr viel erreicht: Schüler-Bafög, öffentlich geförderte Beschäftigung, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kinderkrippen und Kindergärten. Wir haben die Residenzpflicht für Asylbewerber gelockert, mehr Geld für die Musikschulen bereitgestellt und die Theaterpauschale erhöht. Wir haben zwei Landeshaushalte und zwei Kommunale Finanzausgleichsgesetze auf den Weg gebracht, die für 2011 wird der Landtag voraussichtlich im Dezember verabschieden. Hinzuzufügen ist, dass dies alles möglich gemacht wurde, trotz strenger Kriterien des Bund-Länder-Stabilitätsrates – Brandenburg erfüllt alle Parameter, die für eine solide Haushaltspolitik erforderlich sind.

➤ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Verwaltungsvorstand Super-Sven
der will ein neues Wappen,
er geht sogar bis vors Gericht,
wird er das selbst berappen?!

Ein Wappen ist sehr wichtig heute,
das braucht schon unsre Stadt,
auch wenn sie kaum noch Kinderlein
und auch kein Geld mehr hat!

Man sagt zwar Schule,
aber denkt nur ans Geld
und nicht etwa an die Kleinen.
Schafft doch die Schulen einfach ab,
wer wird schon um sie weinen?

Und wär's der letzte Euro-Schein,
den wir ausgeben können,
er muss für unsre Kinder sein,
drum lasst endlich das Stöhnen!

Und damit Hallöchen, liebe MB-Fans!
Apropos Schule, mein Kumpel aus Kin-
dertagen erklärte mir neulich, er habe
die Nase voll, was andere können, das
könne er auch, und deshalb gründe er
jetzt eine Freie Schule in Forst. Kon-
kurrenz belebe schließlich das Geschäft
und die nächste Pisa-Studie sei noch
weit. Er möchte nicht mehr, dass seine
Lieblinge ständig mit Kindern in Jeans
gemeinsam lernen müssen, das sei eine
soziale Schiefelage. Er habe schon je-
manden gefunden, der mehrere Fächer
auf einmal unterrichten könne, und was
und wie gelernt wird, bestimme sowieso
er. Es werde viele Spiele und Bonbons
geben und vielleicht auch mal eine Zen-
sur. Auf meine Frage, ob seine Zöglin-
ge dann später in unserer Ellenbogen-
gesellschaft auch bestehen könnten,
antwortete er grinsend, das sei erst ein-
mal egal, Hauptsache, sie bleiben unter
sich! Ganz schön schräg was, aber so
was gibt's. Nur gut, dass wir für unsere
Kinder und Enkel in Forst bereits sehr
gute Schulen haben. In diesem Sinne
sage ich Tschüss.

Euer *Schorschel*

Das Regieren ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Was haben wir in den nächsten drei Jahren in dieser Koalition noch vor?

Als Nächstes werden wir das neue Ver-
gabegesetz diskutieren und den Min-
destlohn für Aufträge des öffentlichen
Dienstes festmachen. Schritt für
Schritt setzen wir so den Koalitions-
vertrag weiter um. Und so verstehe ich
die Frage: Ein Jahr ist rum, vier stehen
uns noch bevor. Wenn mich die Partei
nach den kommenden drei Jahren
fragt, dann höre ich die Erwartung her-
aus, dass wir ein Jahr vor der nächsten
Landtagswahl alles im Kasten haben
sollen. Nun, wir arbeiten daran und



Alles wieder von vorn

Alle Jahre wieder ereilt uns die Diskussion um Schulschließungen in der Stadt.

Seit 1996 werden städtische
Grundschulen geschlossen und
manchmal dann als konfessionelle Schule
wieder eröffnet. Wenn man sich die Pro-
gnosen aus den Neunzigerjahren ansieht,
dann müssten wir heute schon längst we-
niger als fünf Schulen haben. Nun sind
aber all diese Prognosen so nie eingetre-
ten. In der neuesten Analyse können wir
nun lesen, was uns im Jahr 2035 erwartet.
In der nächsten Prognose steht dann wahr-
scheinlich, dass 2050 in Forst niemand
mehr wohnt, geschweige denn zur Schule
geht. Die eindeutig belegbaren Zahlen rei-
chen bis 2016. Hier ist ein Rückgang der
Einschulungen zu erkennen, aber in eher
moderater Form. Alles, was danach
kommt, ist eher Spekulation und hat schon
in den vergangenen 15 Jahren nicht ge-
stimmt. Der Verwaltungsvorschlag zielt
auf die Schließung der Grundschule in
Noßdorf im Jahr 2014 und der Grundschu-
le in Keune im Jahr 2019. Ein anderer Vor-
schlag war auch nicht zu erwarten. Wenn
allein finanzielle Fragen betrachtet wer-
den, kann man zu keinem anderen Ergeb-
nis kommen. Notwendige Investitionen in
auslaufende Schulobjekte wurden nicht
berücksichtigt. Wenn eine Schule noch
neun Jahre betrieben werden soll, wird

dies nicht ohne materiellen Aufwand funk-
tionieren. Die aktuelle Schulgesetzgebung
des Landes Brandenburg wurde als unver-
rückbare Größenordnung angenommen. In
Anbetracht der Bevölkerungsentwicklung
im gesamten Land wird aber auch hier po-
litisch ein Umdenken erfolgen müssen. Es
bleiben also viele Fragen offen. Die Bür-
gerinnen und Bürger sind bisher nicht in
die Diskussion einbezogen worden, aber
Bürgerbeteiligung wird immer wichtiger.
Wir wissen dies nicht erst seit Stuttgart 21,
andere müssen dies immer noch lernen.
Eine breite Bürgerbeteiligung und Diskus-
sionen zu Alternativen und Ideen müssen
vor der Beschlussfassung stehen.
Als 1997 die Euloer Schule aus politisch
taktischen Erwägungen geschlossen wer-
den sollte, haben sich Eltern, Lehrer und
Schüler gewehrt. Sie haben am Ende die
Schule nicht gerettet, aber wesentliche
Veränderungen erreicht. Also, liebe Mit-
bürger, mischt euch ein und lasst euch
nicht aufmischen.

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender

Spruch des Monats

»In der Politik ist es
manchmal wie in der Grammatik.
Ein Fehler, den alle begehen,
wird schließlich als Regel anerkannt.«

Malraux

wenn alles gut geht, werden wir das
auch schaffen.

Hat sich unsere Partei in diesem Jahr verändert? Ist ihr die Regierungsarbeit gut bekommen?

Wir sind das erste Mal in einer Landes-
regierung in Brandenburg. Das, was wir
in diesen zwölf Monaten dazugelernt ha-
ben, ist alles neu und wichtig. Die ganze
Partei kann daraus schöpfen, der Erfah-
rungsschatz des gesamten Landesver-
bandes ist in diesem einen Jahr enorm
gewachsen. Wir haben zum Beispiel alle
gemeinsam die Erfahrung gemacht, dass
wir das Regieren tatsächlich auch be-
herrschen, dass wir es können. Wenn wir
allein diesen Mehrwert betrachten, dann
würde ich sagen: Ja, diese Arbeit, diese
Erfahrung bekommt uns gut.

Was hat dich in dem Regierungsjahr am meisten überrascht?

Vor allem die Kulturlosigkeit einiger
CDU-Abgeordneter, aber auch dass dies-
ses erste Jahr schon vorbei sein soll. Ge-
rade eben noch musste ich die Frage be-
antworten: Was hat Dich in den ersten
Hundert Tagen am meisten überrascht?
Und jetzt ist schon ein Jahr daraus ge-
worden. Darüber staune ich schon.

Einige GenossInnen haben die Befürch-
tung, dass wir jetzt als »staatstragende«
Partei zu viele Kompromisse eingehen
müssen. Ist diese Sorge berechtigt?

Würden sich die GenossInnen sorgen,
dass wir zu wenige Kompromisse einge-
hen, würde ich sie verstehen. Jeder er-
zielte Kompromiss bedeutet, dass wir et-
was von dem, was wir in dieser Regie-
rung wollen, durchgesetzt haben. Wir
regieren ja nicht allein. Alles, was wir
erreichen möchten, müssen wir mit der
SPD abstimmen. Und in sehr vielen Fra-
gen finden wir eine gemeinsame Lö-
sung, gute Kompromisse also.

Kann das Brandenburger rot-rote Poli- tikmodell ein Vorbild für eine Koalition auf Bundesebene sein?

Es kann. Aber ob Bundesparteien in ei-
nem Landesmodell ein Vorbild sehen,
möchte ich doch stark bezweifeln. Und
mit den Vorbildern ist das so eine Sache:
Jede sich neu findende Regierung muss
ihren eigenen Weg gehen. Wir konnten
uns nicht einfach rot-rot in Mecklenburg-
Vorpommern oder Berlin zum Vorbild
nehmen, um nichts falsch zu machen.
Dazu sind die Länder und die Aufgaben
zu unterschiedlich. Brandenburg braucht
eine auf Brandenburg zugeschnittene Re-
gierung, die die Probleme dieses Bundes-
landes anpackt und löst. Und die Bundes-
republik bräuchte eine Regierung, die
überhaupt einmal wieder die Probleme
dieses Landes in das Blickfeld bekommt
und den Stillstand beendet. Die LINKE
könnte dabei einiges in Bewegung brin-
gen, davon bin ich schon überzeugt.



Das Jahr 2010 neigt sich dem Ende zu, und das neue Jahr 2011 schickt erste Vorboten. Mit Hochdruck wird in der Stadtverwaltung an dem neuen Doppik-

Haushalt für 2011 gearbeitet.

Keine leichte Angelegenheit. Mit der Umstellung auf die Doppik wird uns ein Haushalt vorgelegt, der Transparenz verspricht über die Höhe des Vermögens und die Schulden einer Kommune.

Gleichzeitig kommen sogenannte Steuerungsinstrumente wie Controlling, Budgetierung, die Bereitschaft, in Zielen und Zielvereinbarungen zu denken, dazu. Alles bekannte Instrumente.

Wichtige Voraussetzung ist die Erfassung und Bewertung des Vermögens der Stadt Forst. Gebäude, Grundstücke, Straßen, Unternehmen u. dgl. findet man in der Eröffnungsbilanz unter dem Begriff Eigenkapital. Sind nun die vorhandenen Schulden höher als das Eigenkapital, ist die

Ist Forst eine überschuldete Stadt?

Stadt überschuldet. Eine solche negative Eigenkapitalausstattung wäre kein guter Start in das neue Haushaltsjahr, und leider gibt es kaum Erfahrungswerte zur Eigenkapitalausstattung von Kommunen.

Auf der anderen Seite erscheint es anhand der Vermögenswerte der Stadt unmöglich zu sein, in eine Überschuldung zu geraten. Allerdings muss man auch daran denken, dass sich nicht alle Vermögenswerte der Kommune verkaufen lassen. Eine zu hohe Vermögensbewertung wiederum birgt die Gefahr von zu hohen Abschreibungen, die wieder zu einer Verschlechterung des Haushaltsergebnisses führen.

Es wird angesichts des hohen Fehlbedarfes im städtischen Haushalt und der geforderten Haushaltskonsolidierung durch die Kommunalaufsicht und der Forderungen aus der haushaltswirtschaftlichen Prüfung des Ministeriums des Innern eine große Herausforderung, den Haushalt 2011 aufzustellen. Schon in der kommenden SVV

sind Entscheidungen zu treffen, die Folge dieser Misere sind.

Angesichts sinkender Einwohnerzahlen, älter werdender Bürger, hoher Arbeitslosigkeit, sinkender Einnahmen für die Stadt sollen Einnahmen erhöht und Ausgaben gesenkt werden.

Höhere Verwaltungsgebühren, höhere Festsetzung des Hebesatzes der Grundsteuer B, Senkung der Kostenbeteiligung der Stadt an der Schulspeisung der Grundschulen in städtischer Trägerschaft und nicht zuletzt auch die Umsetzung der Schulentwicklungskonzeption sollen einen Beitrag zu Haushaltskonsolidierung leisten. Die Liste der Forderungen der Kommunalaufsicht ist lang.

Wir sind also gefragt, genau zu prüfen, welche Entscheidungen wir mittragen können. Das wird nicht immer schmerzfrei sein.

*Anke Schwarzenberg,
Mitglied im Ausschuss für Finanzen
und Rechnungsprüfung der SSV Forst*

Die schwarz-gelbe Bundesregierung liefert dieser Tage zum wiederholten Mal einen Beweis ihrer ökonomischen Inkompetenz.

Ohne Not hält sie an einer vermeintlichen Wohltat für die Wirtschaft fest, die sich laut Subventionsbericht inzwischen zur teuersten Steuervergünstigung Deutschlands ausgewachsen hat. Sie kostet dem Fiskus danach 5,3 Milliarden Euro pro Jahr – und daran wird sich im Großen und Ganzen nur wenig ändern. Angeblich, weil sonst Deutschlands Betriebe zum Abwandern ins Ausland gezwungen oder unfairer ausländischer Konkurrenz ausgesetzt wären.

Diesen Glauben versuchen Angela Merkel und ihre Minister jedenfalls zu nähren, nachdem sie erneut unter dem Druck der Industrielobby eingeknickt sind und ihren ursprünglichen Plan zum Abschmelzen von Privilegien bei der Ökosteuer weitgehend aufgegeben haben. Um Arbeitsplätze in den energieintensiven Betrieben zu retten, so die offizielle Rechtfertigung.

Tatsächlich setzt auf die Unkenntnis seines Publikums, wer so argumentiert. Weder zahlen energieintensive Betriebe bisher für energieintensive Prozesse Ökosteuer, noch hatte irgendwer geplant, an diesem Privileg irgendetwas zu ändern. Die für die Metallherzeugung, die Zementherstellung, die Elektrolyse, die für chemische Reduktionsverfahren und für einige andere Industrieprozesse benötigte Energie ist steuerfrei und sollte auch in Zukunft steuerfrei bleiben, siehe Paragraph 9 a des Stromsteuergesetzes und Paragraph 51 des Energiesteuergesetzes. Dennoch hat sich die Koalition mit Verweis auf die vermeintliche Unzumutbarkeit weitgehend von ihrem Reformvorhaben verabschiedet. Diesen Kniefall verdankt die Lobby nur dem Umstand, dass sich im Gestrüpp der steuerrechtlichen Ausnahmetatbestände ohnehin kaum je-

Dreiste Argumente

Die Regierung geht erneut vor der Industrielobby in die Knie

mand mehr auskennt und in Vergessenheit geraten ist, welcher ökonomischen Logik die Ökosteuer folgt. Gäbe es sie nicht, müsste jeder Betrieb mehr für die Rentenversicherung seiner Angestellten zahlen. Damit für möglichst viele Betriebe unterm Strich sogar ein Plus herauskommt, hatten frühere Regierungen bereits dafür gesorgt, dass »die Wirtschaft« grundsätzlich nur 60 % des regulären Ökosteuersatzes zahlt. Ursprünglich wollte Schwarz-Gelb daraus 80 % machen. Es werden nun lediglich 75 % – Kniefall Nummer eins. Kniefall Nummer zwei: Betriebe, die trotz genereller Vorzugsbehandlung mehr Ökosteuer zahlen als Rentenbeiträge einsparen, mussten bisher nur 5 % der verbleibenden

Ökosteuer zahlen. In Zukunft sollten es nach den ursprünglichen Regierungsplänen wenigstens 27 % werden. Am Ende werden es nun nicht mehr als 10 % sein.

Selten zuvor hat eine Regierung ein im Grundsatz vernünftiges Vorhaben vor aller Augen dermaßen selbst zerfleddert. Deshalb bleibt nun der Anreiz für die Firmen, tatsächlich Energie zu sparen, kleiner und die Lücke im Bundeshaushalt größer als nötig. Was Merkel & Co. dem Volk gerade zumuten, ist vielleicht taktisch schlau – nur noch immer kein Hinweis darauf, dass die Regierungsgeschäfte grundsätzlich im Sinne des Gemeinwesens klug geführt werden.

*Fritz Vorholz,
Redakteur Wirtschaft, DIE ZEIT*

Neues aus Wiesengrund

Im Dezember 2009 hat die Gemeinde Wiesengrund die Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf das Amt Döbern-Land beschlossen.

Das war notwendig, da die finanzielle Ausstattung der Gemeinden nicht mehr ausreichte, um die Abwasserbeseitigung in Eigenregie weiterzuführen. Trotz dieser Entscheidung blieb die Gemeinde für die Abwasserbeseitigung verantwortlich. Für die Übertragung waren Voraussetzungen zu erfüllen. Weder das Amt Döbern-Land bzw. die im Auftrag des Amtes handelnde Trinkwasser GmbH Döbern, als auch der Spremberger Wasser- und Abwasserzweckverband (SWAZ) haben diese Voraussetzungen beachtet. Zu diesen Voraussetzungen

gehörten die Entschuldung der zentralen Kläranlagen in der Gemeinde sowie die Förderung von Sanierungsarbeiten an der Kläranlage und die Aufhebung von Trinkwasserschutzgebieten in einigen Dörfern. Das konnte nur mit der Bereitstellung von Fördermitteln funktionieren. Der Erhalt von Fördergeldern war aber nach der Richtlinienlinie des Landes Brandenburg an eine Übertragung an einen schon existierenden größeren Abwasserverband geknüpft.

Also nur bei einer Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht an den SWAZ wären Fördergelder geflossen. Sowohl im Abwasserausschuss als auch in den Gemeindevertreter-sitzungen (GVV) habe ich darauf hingewiesen. ➤ S. 4

Newsletter

Billigjobs sind

Weichspüler für Arbeitsmarktstatistik

»Der einzige Rekord in der Arbeitsmarktentwicklung ist der gigantische Zuwachs an Billigjobs, mit dem die Statistik weich gespült wird«, erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Zimmermann, zum heute veröffentlichten Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

»Der Anstieg von unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen, die der neue Arbeitsmarktbericht dokumentiert, ist dramatisch. Jede zweite offene Stelle geht inzwischen auf das Konto der Arbeitnehmerüberlassung. Über 1,4 Millionen Menschen arbeiten und beziehen zugleich Hartz IV, so viel wie noch nie. Dazu kommt ein neuer Höchststand bei den Menschen mit Zweitjob: Es gibt inzwischen 2,35 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob ausüben, 59 000 mehr als im Vorjahr.

Die Bundesregierung muss ihr Sparpaket zurücknehmen, einen allgemeinen Mindestlohn einführen, Leiharbeit eindämmen und die Hartz-IV-Sätze deutlich erhöhen. Ohne diesen arbeitsmarktpolitischen Kurswechsel geht der Aufschwung nicht nur an Millionen Menschen vorbei, sondern bleibt ohne jegliche Bodenhaftung durch eine Stärkung der Binnenkaufkraft.«

28.10.2010

Die Logik ist trunken

Polizei und Regierungspolitiker warnen vor Sicherheitsrisiken beim elektronischen Personalausweis. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss:

Mehrere Bundesregierungen haben den elektronischen Personalausweis zum Muss erklärt. Nun erklären immer mehr Regierungspolitiker ihn zum Risiko. Muss ist Risiko, Risiko ist Muss. Die Logik ist trunken, die Regierung auch?

DIE LINKE fordert weiterhin ein Moratorium für alle elektronischen Großprojekte, die den Datenschutz verletzen können. Dazu gehören der elektronische Personalausweis, die elektronische Gesundheitskarte und die Sozial-Datei ELENA.

30.10.2010

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle Berliner Straße 22
 Di., 16.11., 18:30 Uhr: **Ortsvorstandssitzung**
 Di., 23.11., 18:30 Uhr: **Sitzung Stadtfraktion**
 Mo., 06.12., 18:30 Uhr: **AG Malxe-Blatt**
 Mi., 08.12., 18:30 Uhr: **AG »Soziales«**

Tradition

Minister Rösler muss für seine Gesundheitsreform viel Kritik einstecken: teuer, unsinnig, bevormundend, aufwendig, wirkungslos, entwürdigend. Alles Anzeichen dafür, dass das Projekt bald Wirklichkeit wird. **EW**

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

am Dienstag, 30.11.10, um 18:30 Uhr im Bürgerzentrum

- Themen:
1. Auswertung der Aktivtagungen vom 19. und 20.11.2010
 2. Informationen zur Regionalkonferenz und zur Schulentwicklungsplanung
 3. Informationen zum Programmkonvent in Hannover

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte berät am **Sonnabend, dem 04.12., um 14 Uhr** in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22.

Terminvereinbarung:
 telefonisch oder persönlich
 jeweils Di. und Do. von 14 bis 17 Uhr,
 ☎ (03562) 69 34 34 oder 78 52.
Beratungsgebühr 10 €.

Geburtstage

05.12.: 65 Jahre Renate Flemig
 07.12.: 98 Jahre Klara Kitzing
 07.12.: 87 Jahre Johanna Eitner
 07.12.: 68 Jahre Dietrich Richter
 09.12.: 84 Jahre Hans Gebauer

Herzlichen Glückwunsch unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Neues aus ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Meine Hinweise wurden nicht ernst genommen. Somit steht jetzt nach einem Jahr die Gemeinde vor der Aufgabe, den gefassten Beschluss vom Dezember 2009 zu korrigieren. D.h. die Gemeinde muss die Abwasserbeseitigungspflicht wieder zurücknehmen und dann per Beschluss an den SWAZ übertragen. Man könnte meinen, es handelt sich um einen Schildbürgerstreich.

Vorgesehen ist, dass am 31.12.2010 um 23:59 Uhr das Amt auf die Gemeinden zurücküberträgt und um 00:01 Uhr die Gemeinde die Abwasserbeseitigungspflicht auf den SWAZ überträgt. Dazu wurde in den GVV's der Gemeinden des Amtes Döbern-Land ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über den Beitritt der Gemeinden des Amtes Döbern-Land in den SWAZ beschlossen. Die Verbandsversammlung des SWAZ und die Stadtverordnetenversammlung Spremberg schlossen indes eine Übernahme der Abwasserbeseitigungspflicht aus, wenn vom Land Brandenburg keine Fördermittel ausgegeben werden. Diese sind für die Aufgabenerfüllung aber dringend erforderlich. Letzter Stand der Dinge ist, dass die Stadtverordnetenversammlung Spremberg einen Beitritt der Gemeinden des Amtes Döbern für das Jahr 2011 abgelehnt hat. Man darf auf die Entscheidung des Landes Brandenburg gespannt sein. Ansonsten beginnt das Ringelspiel von vorn.

Andreas Beckmann
 Gemeindevertreter Wiesengrund

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.